Stand: 26.04.2024 23:51:18

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/16878

"Gerecht. Solidarisch. Inklusion:
Sonderinvestitionsprogramm 'Bayern Barrierefrei 2025' auflegen! (6)"

Vorgangsverlauf:

1. Antrag 16/16878 vom 17.05.2013
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/17889 des SO vom 11.07.2013
3. Beschluss des Plenums 16/18226 vom 18.07.2013
4. Plenarprotokoll Nr. 133 vom 18.07.2013

Bayerischer Landtag
16. Wahlperiode

Drucksache 16/**16878**
17.05.2013

Antrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Steiger, Angelika Weikert, Dr. Thomas Beyer, Annette Karl, Bernhard Roos, Dr. Paul Wengert, Inge Aures, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Franz Maget, Kathrin Sonnenholzner, Dr. Linus Förster** und **Fraktion (SPD)**

Gerecht. Solidarisch. Inklusion:
Sonderinvestitionsprogramm „Bayern Barrierefrei 2025“ auflegen! (6)

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein Sonderinvestitionsprogramm „Bayern Barrierefrei 2025“ aufzulegen. Mit diesem Programm sollen Kommunen und freie Träger dabei unterstützt werden, Barrieren in Einrichtungen und Gebäuden, auf Straßen und Plätzen und in den Kommunikationsystemen abzubauen.

Begründung:

Es geht darum, allen Menschen eine selbstbestimmte und gleichberechtigte Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen zu ermöglichen. Der Lebensalltag für Menschen mit Behinderung und ältere Menschen soll spürbar erleichtert und verbessert werden. Für die Einbeziehung und gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung in allen Lebensbereichen ist Barrierefreiheit eine wesentliche Voraussetzung. Staatliche Investitionszuschüsse sollen bewirken, dass Bayern bis 2025 barrierefrei ist. Von der Barrierefreiheit des öffentlichen Raums profitieren nicht nur Menschen mit Behinderung, sondern auch ältere Menschen und Familien.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag
16. Wahlperiode

Drucksache 16/**17889**
11.07.2013

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Soziales, Familie und Arbeit

Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Steiger u.a. und Fraktion (SPD)
Drs. 16/**16878**

Gerecht. Solidarisch. Inklusion: Sonderinvestitionsprogramm 'Bayern Barrierefrei 2025' auflegen! (6)

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: **Christa Steiger**
Mitberichterstatterin: **Brigitte Meyer**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit und der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen haben den Antrag mitberaten.

2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 103. Sitzung am 4. Juli 2013 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   FDP: Ablehnung
   Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit hat den Antrag in seiner 90. Sitzung am 10. Juli 2013 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   FDP: Ablehnung
   Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 227. Sitzung am 11. Juli 2013 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   FDP: Ablehnung
   Ablehnung empfohlen.

Brigitte Meyer
Vorsitzende

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag
16. Wahlperiode

Drucksache 16/**18226**
18.07.2013

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Steiger, Angelika Weikert, Dr. Thomas Beyer, Annette Karl, Bernhard Roos, Dr. Paul Wengert, Inge Aures, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Franz Maget, Kathrin Sonnenholzner, Dr. Linus Förster** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 16/**16878**, 16/**17889**

Gerecht. Solidarisch. Inklusion:
Sonderinvestitionsprogramm „Bayern Barrierefrei 2025“ auflegen! (6)

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Franz Maget

II. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde
Abg. Christa Steiger
Abg. Angelika Schorer
Abg. Bernhard Pohl
Abg. Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer
Abg. Renate Ackermann
Abg. Brigitte Meyer
Präsidentin Barbara Stamm

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Ich rufe Tagesordnungspunkt 28 auf:

Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Steiger u. a. und Fraktion (SPD)
Gerecht. Solidarisch. Inklusion:
Sonderinvestitionsprogramm "Bayern Barrierefrei 2025" auflegen! (6)
(Drs. 16/16878)

Dazu ist laut meiner Unterlagen eine namentliche Abstimmung beantragt worden. Ich eröffne die Aussprache. Die erste Rednerin ist Frau Christa Steiger für die SPD-Fraktion. Bitte schön.

Christa Steiger (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Der Schwerpunkt unserer Arbeit im sozialpolitischen Ausschuss war die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Wir wissen, dass wir erst am Anfang stehen; denn Inklusion, Selbstbestimmung und gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung sind ein Menschenrecht und Aufgaben, die die gesamte Gesellschaft fordern, und zwar alle ohne Ausnahme.

Vor einiger Zeit habe ich in einer seriösen Zeitung mit Freude gelesen, dass Sozialministerin Haderthauer bis zum Jahre 2025 ein Sonderinvestitionsprogramm des Freistaats für ein barrierefreies Bayern fordert. Staatliche Investitionszuschüsse sollten bewirken, dass Bayern in allen Landesteilen bis 2025 barrierefrei wird, so die Ministerin. Natürlich sei Barrierefreiheit nicht von heute auf morgen zu erreichen. Umso wichtiger sei ein kraftvoller Einstieg. So wird Frau Haderthauer zitiert. Mit dem Programm will Frau Haderthauer Kommunen und freie Träger dabei unterstützen, Barrieren in Einrichtungen und Gebäuden, auf Straßen und Plätzen und in den Kommunikationssystemen abzubauen. Ich habe mir gedacht: Sehr sinnvoll. Super. Toll. Die Ministerin wird sozialpolitisch. Das ist richtig gut. Das unterstützen wir doch glatt. Vorsichtshalber habe ich in den Aktionsplan geschaut. Das könnte ja schon drinstehen. Im Aktionsplan der Staatsregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention steht dazu

aber nichts. Das ist nicht verwunderlich; denn konkrete Zielvorgaben, bis wann etwas zur Umsetzung passieren soll, fehlen weitgehend.

Wenn die Sozialministerin jedoch einmal konkret wird, schreiben wir einen Antrag, der heute zur Abstimmung vorliegt. Wir unterstützen die Staatsregierung, wenn etwas Sinnvolles vorgeschlagen wird. Mit unserem Antrag fordern wir die Staatsregierung auf, ein Sonderinvestitionsprogramm "Bayern Barrierefrei 2025" aufzulegen. Was passiert? - Im Ausschuss lehnen CSU und FDP diesen Antrag ab. Genau das, was die Ministerin fordert, wird von ihrer eigenen Koalition abgelehnt. Was ist das für eine Politik gegenüber den betroffenen Menschen, den Trägern und den Kommunen? Das ist doch, mit Verlaub, nicht seriös.

(Beifall bei der SPD)

Es steht nichts im Aktionsplan. Die Forderung der Ministerin wurde im Rahmen einer Sonntagsrede – es war an einem Sonntag – angekündigt. CSU und FDP haben ein Werktagshandeln an den Tag gelegt. Die Ankündigung zerplatzte wie eine Seifenblase. Kolleginnen und Kollegen, was wäre das für ein tolles Ergebnis am Ende der Legislaturperiode gewesen: ein einstimmiger Beschluss "Bayern Barrierefrei 2025". Noch hätten Sie die Chance, Ihre Ablehnung zu revidieren. Dazu gehört natürlich ein bisschen Mut. Das ist klar. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, diesen Mut – ich sehe schon das große Interesse – haben Sie offensichtlich nicht.

Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Für mich ist es heute der letzte Tag in diesem Landtag. Nach 21 Jahren Landtagstätigkeit regt es mich immer noch auf, dass gute Anträge und wichtige Dinge von Ihnen abgelehnt werden, weil sie von der Opposition kommen.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Ich hoffe, Sie denken endlich einmal um, damit wir gemeinsam etwas für die gesamte Gesellschaft bewirken können. Das wünsche ich mir für diejenigen, die dem neuen Landtag angehören werden.

(Anhaltender Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Die letzte Rede im Parlament muss gebührend mit Applaus bedacht werden. - Die nächste Rednerin ist Angelika Schorer für die CSU-Fraktion. Bitte schön.

Angelika Schorer (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, hochgeschätzte Frau Kollegin Steiger! Wir haben im Sozialausschuss sehr intensiv über dieses Thema diskutiert. Sie haben einiges ausgeführt. Das, was Ministerin Haderthauer in dieser Presseerklärung kundgetan hat, ist die richtige Zielsetzung.

(Christa Steiger (SPD): Warum machen Sie nicht mit?)

Ich möchte Ihnen erklären, warum dieser Antrag aus meiner Sicht nicht als warm und nicht als kalt bezeichnet werden kann.

Liebe Frau Kollegin, Sie haben unter anderem erwähnt, das stehe nicht im Aktionsplan. Den Aktionsplan haben wir am 4. Juli im Ausschuss behandelt und beschlossen. Sie können nicht erwarten, dass heute dazu schon ein Sonderinvestitionsprogramm bereitsteht, das mit allen Verbänden abgestimmt worden ist.

(Christa Steiger (SPD): Das steht noch nicht einmal drin!)

- Frau Steiger, dazu komme ich gleich. Sie haben erwähnt, dass es noch nicht einmal im Aktionsplan stehe. Während Ihrer Rede habe ich nachgeschaut.In das Behindertengleichstellungsgesetz sind all diese Zielsetzungen zur Barrierefreiheit aufgenommen. Dieses Gesetz wurde im Jahr 2003 erlassen und novelliert. Insofern sind die Forderungen schon enthalten.

Liebe Frau Steiger, wir haben im Prinzip das gleiche Anliegen. Wir haben auch das gleiche Bestreben wie die FDP, hier weiterzukommen und die Barrierefreiheit im öffentlichen Raum voranzubringen. Sie haben den öffentlichen Raum und die kommunale Zuständigkeit angesprochen. Vonseiten des Freistaats Bayern werden bereits alle baulichen Maßnahmen barrierefrei gestaltet. Wir wollen auf diesem Weg intensiv weiterkommen. - Vielleicht hören Sie mir einmal zu.

In den vergangenen Jahren sind wir auch ohne Aktionsplan weitere Schritte gegangen. So sind zum Beispiel an Bahnhöfen Einstiegshilfen geschaffen worden, im ÖPNV sind Niederflurbusse in Betrieb genommen worden. Auch in anderen Bereichen ist vieles getan worden. Die komplette Umsetzung des Aktionsplans wird noch lange dauern. Es handelt sich um einen ständigen Prozess, und insofern stellen die Ziele auch eine große Herausforderung für die Zukunft dar.

Ich spreche als Vertreterin meiner Fraktion im Kommunalausschuss: Wir müssen auch Lösungen für die Kommunen finden. Das gilt nicht nur für ein Sonderinvestitionsprogramm. Es muss auch darüber nachgedacht werden, zum Beispiel im FAG eine Beteiligung vorzunehmen, oder zu fragen, ob eine Beteiligung der Kommunen vorhanden sein muss. Das Gleiche gilt für die Frage, ob eine vollständige Finanzierung erfolgen muss. Wir werden das in den nächsten Jahren mit Sicherheit auf den Weg bringen. Wir sind uns in der Zielsetzung einig, dass das in der kommenden Legislaturperiode umgesetzt wird.

Auch im Hinblick auf den demografischen Wandel – Frau Steiger, Sie haben das im Ausschuss immer wieder angesprochen – brauchen wir die Barrierefreiheit. Wie Sie den Gesamtkontext eines Aktionsplans formuliert haben, kann das nur einen Teil umfassen. Die Umsetzung kann nicht allein durch das Sozialministerium gestaltet werden. Es wird ein Zusammenwirken vieler Ministerien geben müssen. Viele Einzelne müssen mitwirken, um ein Gesamtprogramm zu gestalten. Dazu stehen wir, und das werden wir in der nächsten Legislaturperiode anpacken. Es handelt sich um ein wichti-

ges Zeichen an die Behindertenverbände und an alle Beteiligten. Meine Fraktion und ich werden aus diesen Gründen dem Antrag nicht zustimmen können.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Wir haben eine Zwischenbemerkung des Kollegen Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Kollegin Schorer, ob warm oder kalt, in der Zielsetzung sind wir uns einig. Jetzt konkret zu barrierefreien Bahnhöfen: Ihre Bundesministerin Ursula von der Leyen sagt, jedes Jahr müssten 100 Bahnhöfe in Deutschland barrierefrei gestaltet werden. Das Staatsministerium für Wirtschaft hat mit der Bahn ein Programm für die Jahre 2013 bis 2018 aufgelegt, wonach in sechs Jahren 26 Bahnhöfe barrierefrei gestaltet werden sollen. Reicht das aus?

Die zweite Frage: 13 dieser Vorhaben betreffen die S-Bahn-Bereiche München und Nürnberg. Sie haben auch einen Stimmkreis außerhalb der Metropolen. Finden Sie es im Hinblick auf gleichwertige Lebensverhältnisse in Ordnung, wenn in den ohnehin gut ausgebauten S-Bahnhöfen der Bereiche München und Nürnberg 13 Bahnhöfe barrierefrei gestaltet werden, während im gesamten Allgäu bis auf Buchloe kein einziger barrierefreier Bahnhof vorgesehen ist, und es im ganzen Allgäu außer Buchloe und Memmingen keinen barrierefreien Bahnhof gibt?

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Bitte, Frau Schorer.

Angelika Schorer (CSU): Ich antworte Ihnen gerne auf Ihre Fragen, soweit es mir möglich ist und es die Zuständigkeit des Freistaats Bayern betrifft. Ich habe die Einstiegshilfen und ich habe auch das Bemühen erwähnt, Barrierefreiheit an Bahnhöfen zu schaffen. Sie haben es angesprochen: In meinem Stimmkreis wird am Bahnhof Buchloe zeitnah Barrierefreiheit geschaffen werden. Ich kann nicht für die Bundesregierung sprechen. Wir können uns für Fortschritte einsetzen, und wir werden in der

Zukunft Landesmittel für Barrierefreiheit zur Verfügung stellen. Ich denke, dass das auch bedeutet, den ländlichen Raum in besonderen Maße zu berücksichtigen.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Nächster Redner in der Debatte ist Herr Professor Dr. Bauer für die FREIEN WÄHLER.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Vorlage des Aktionsplans durch die Bayerische Staatsregierung ist überaus vage geblieben. Nur durch das engagierte und gemeinsame Vorgehen aller Beteiligten – ich möchte das an dieser Stelle deutlich sagen und mich bei der Vorsitzenden, Frau Meyer, bedanken; sonst wäre das so nicht zustande gekommen – ist es gelungen, diesen Vorschlag gemeinsam zu konkretisieren. Nach meiner und der Auffassung der FREIEN WÄHLER hat nun die Staatsregierung eine zweite Chance, nämlich ein Sonderinvestitionsprogramm zu verabschieden. Sie haben vorhin angesprochen, dass alles noch offen sei. Die Kommunen und die freien Träger sollen dabei unterstützt werden, Barrieren in Einrichtungen und Gebäuden, auf Straßen und Plätzen und in dem Kommunikationssystem abzubauen. Mit diesem Sonderinvestitionsprogramm für ein barrierefreies Bayern 2025 kann die Staatsregierung das Versäumnis des im März 2013 vorgelegten Aktionsplanes beseitigen. Nutzen Sie diese Möglichkeit für unsere Bürgerinnen und Bürger. Gehen wir es gemeinsam an!

Hintergrund ist das Übereinkommen der Vereinten Nationen für die Rechte der Menschen mit Behinderung, das vom deutschen Gesetzgeber Ende 2008 ratifiziert worden ist und seit dem 26. März 2009 innerstaatliches Recht ist. Das sollte uns zu denken geben, weil es die Rechtsgrundlage darstellt. Ich habe bei dem vorigen Thema einiges über Rechtsgrundlagen gelernt. Bei dieser Thematik ist die Rechtsgrundlage klar. Insofern müssen wir sie auch umsetzen.

Die Bayerische Staatsregierung muss den Kommunen und freien Trägern finanziell helfen und den Alltag der Bürgerinnen und Bürger mit Behinderung spürbar verbessern. Nachdem der Aktionsplan diese konkrete Unterstützung schuldig geblieben ist,

können nur Sondermittel die Voraussetzungen für eine verbesserte Lebensführung bieten. Von der Barrierefreiheit im öffentlichen Raum profitieren nicht nur Menschen mit Behinderung – Sie haben es gerade angesprochen und den demografischen Wandel betont –, sondern auch ältere Menschen und Menschen mit Kindern. Bayern muss vorangehen, und es wäre schön, wenn Bayern ein leuchtendes Beispiel wäre.

Wegen der Kürze der Zeit möchte ich nur stichwortartig aufführen, was aus Sicht der FREIEN WÄHLER in das Sonderinvestitionsprogramm gehört. Konkretes Beispiel ist eine wohnortnahe Versorgung mit Frühförderungsmaßnahmen. Wichtig sind auch Spielräume der offenen Beratung. Es gehört auch eine landesweite Abdeckung durch den mobilen sonderpädagogischen Betreuungs- und Unterstützungsdienst dazu. Weiter ist die Diagnostik in der Frühförderung besonders wichtig. Des Weiteren müssen Koordinations- und Beratungsstellen geschaffen werden. Zum Kernpunkt: Wir müssen einen inklusiven Sozialraum schaffen. Bevor man Gelder verteilt, muss man wissen, wo es brennt und wo sie sinnvoll und gewinnbringend für die Menschen in unserem Land eingesetzt werden können. Deswegen ist der Kernpunkt die Errichtung eines inklusiven sozialen Raumes. Wir kennen die Probleme der städtischen Entwicklung. Sie sind immer komplexer geworden und deswegen müssen wir diesen inklusiven Sozialraum klar definieren.

Zu dieser Sozialraumanalyse gehört auch, dass soziale Ungleichheit und Unterversorgung ermittelt werden. Die Ermittlung besonderer Bedarfsgruppen und vorrangiger Räume sowie die Ermittlung von Ressourcen und Potenzial sind ebenso wichtig wie die Darstellung nachbarschaftlicher Hilfe, sozialer Netzwerke und bürgerschaftlichen Engagements.

Die Realisierung der Grundsätze inklusiver Sozialplanungen sollte der Freistaat Bayern für die Kommunen mit den Mitteln aus diesem Sonderinvestitionsprogramm bestreiten. Wichtig ist Folgendes:

Erstens. Die Einrichtung kommunaler Gremien muss gefördert werden und administrative Stellen müssen für eine inklusive Sozialraumplanung vorgesehen werden.

Zweitens. In allen bayerischen Kommunen müssen die Zuständigkeiten für eine inklusive Sozialraumplanung festgelegt werden.

Drittens. Eine Bestandsanalyse muss aufgenommen werden, etwa durch die Berechnung eines Inklusionsindexes oder in ähnlicher Form.

Damit diese Maßnahmen finanziert werden können, brauchen wir dieses Sonderinvestitionsprogramm. Ich halte eine klare Zeitschiene für wichtig; dass dies nicht so festgelegt wurde, ist wieder ein Nachteil unserer Rahmenvereinbarung. Deshalb ist das Jahr 2025 besonders wichtig. Das war auch der Wunsch aller Verbände am runden Tisch, die immer wieder gefordert haben, einen konkreten Zeitpunkt festzulegen.Visionen sind in der Politik nicht unüblich. Diese Vision 2025 sollten wir weiterverfolgen, und deswegen werden die FREIEN WÄHLER dem Antrag der SPD zustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Nächste Rednerin in der Debatte ist Renate Ackermann für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Renate Ackermann (GRÜNE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mein Optimismus, dass dieses Sonderinvestitionsprogramm kommen wird, fällt etwas verhaltener aus. Ich habe zwar auch in "Focus Online" gelesen, dass die Sozialministerin für 2025 ein barrierefreies Bayern und dafür auch einen finanziellen Kraftakt fordert, von wem auch immer der kommen soll. Im "Fränkischen Tag" hat sie erneut ein Sonderinvestitionsprogramm des Freistaates Bayern und wiederum einen finanziellen Kraftakt gefordert. Jetzt hat sie offensichtlich keine Zeit für einen kraftvollen Einstieg. Das müssen wir ihr nachsehen. - Sie hat es nicht gehört, ich rede trotzdem weiter. - Frau Ministerin, es geht gerade um den finanziellen Kraftakt, den Sie fordern.

(Staatsministerin Christine Haderthauer: Ich höre schon zu!)

Das wundert mich, denn Herr Goppel hatte heute gesagt: Wenn man redet, gehen die Ohren zu. Bei Ihnen scheint das nicht so zu sein.

(Staatsministerin Christine Haderthauer: Das ist nur bei den Männern so! - Volkmar Halbleib (SPD): Bei Männern würde man sagen: Flegelhaftes Verhalten!)

Der "Fränkische Tag" schreibt ebenfalls von einem kraftvollen Einstieg in das Sonderinvestitionsprogramm.

Könnte man allen diesen Ankündigungen glauben, würde ich mich ihnen auch anschließen und sagen: Jawohl, das Sonderinvestitionsprogramm kommt.

Ich weiß aber, dass es sich bei diesen Ankündigungen wieder einmal nur um Luftblasen der Ministerin und um Wahlkampfpropaganda handelt. Ich weiß auch, dass dieses Sonderinvestitionsprogramm, das 200 Millionen Euro umfassen müsste, niemals kommen wird. So wird auf dem Rücken von Menschen mit Behinderung Politik gemacht. Diese Menschen machen sich Hoffnungen, aber ihre Hoffnungen werden jedenfalls von dieser Ministerin niemals erfüllt werden. Das kann ich Ihnen von dieser Stelle aus versichern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben einen Aktionsplan, der unter Haushaltsvorbehalt steht, beschlossen. Auch wenn dieser kraftvolle Einstieg nur ansatzweise geplant wäre, warum steht dann im Aktionsplan, der erst in der letzten Woche beschlossen wurde, kein Wort von diesem Sonderinvestitionsprogramm, obwohl es die Ministerin zwei Monate davor schon verkündet hat? Es ist unsäglich, wie hier Politik gemacht wird und wie die Menschen mit völlig haltlosen Ankündigungen hinters Licht geführt werden, wenn ein barrierefreies Bayern bis 2025 verwirklicht sein sollte. Wie wir alle wissen, wie überall gesagt wird und wie auch die Ministerin hat verlauten lassen, kann dieses Ziel nicht von heute auf morgen erreicht werden. Wir hätten daher eher gestern als heute damit anfangen müssen, Bayern barrierefrei zu machen. Das ist aber nicht geschehen, und so schnell

wird es auch nicht geschehen. Deshalb werden wir dem Antrag der SPD zustimmen. Wir wissen auch, warum Sie diesen Antrag gestellt haben. Eines kann ich Ihnen sagen: Dieser Ministerin glaube ich kein Wort.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Nächste Rednerin in der Debatte ist Brigitte Meyer für die FDP-Fraktion.

Brigitte Meyer (FDP): Verehrter Herr Präsident, werter Herr Ministerpräsident! Wir haben in der Tat diesen Antrag in der letzten Woche im Ausschuss behandelt. Es war zu erwarten, dass wir ihn heute wieder behandeln werden, weil auf der einen Seite die Ankündigung der Ministerin stand, dieses Sonderinvestitionsprogramm voranzutreiben, und Sie auf der anderen Seite mit Ihrem Antrag gemeint haben, es müsse alles sofort, am besten gestern, passieren. Ihr Antrag fordert aber ganz einfach, ich zitiere:

> Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein Sonderinvestitionsprogramm "Bayern Barrierefrei 2025" aufzulegen. Mit diesem Programm sollen Kommunen und freie Träger dabei unterstützt werden, Barrieren in Einrichtungen und Gebäuden, auf Straßen und Plätzen und in den Kommunikationssystemen abzubauen.

Liebe Frau Kollegin Steiger, wir sagen nicht immer, die Anträge der Opposition seien per se abzulehnen. Wenn die Anträge gut sind, denken wir wirklich darüber nach. Das haben wir im Ausschuss auch mehrfach bewiesen.

(Christa Steiger (SPD): Meinen Sie, dieser Antrag ist nicht gut?)

- Er ist mir einfach zu dünn und zu wenig. Herr Professor Bauer hat ganz eindrucksvoll deutlich gemacht, was alles dazugehört. Es geht nicht nur um diesen einen Punkt, sondern um einen riesigen, umfassenden Komplex. Teile des Programms haben wir im Wirtschaftsministerium zum Beispiel schon auf den Weg gebracht. Sie haben gesagt – ich weiß nicht, welcher der Vorredner es war -, dass es Beschlüsse aus dem Jahr 2013 gibt, mit denen ganz konkret Mittel zur Verfügung gestellt wurden und als

Ziel angegeben wurde, wie viele S-Bahnhöfe und wie viele Bahnhöfe barrierefrei ausgebaut werden sollen.

(Christa Steiger (SPD): Es geht nicht um S-Bahnhöfe, sondern um die Kommunen und die Träger!)

- Es geht auch darum, dass die Kommunen unterstützt werden. Es geht aber auch darum, dass die Kommunen mit in die Verantwortung genommen werden. Denn auch die Kommunen – ich komme wie viele von Ihnen aus der Kommunalpolitik – haben sehr wohl die Aufgabe, ihr Gemeindegebiet barrierefrei zu gestalten. Auch in den Kommunen müssen Aktionspläne erstellt werden. Auch dort müssen Ziele gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern entwickelt werden. Für mich muss dieser Aktionsplan ein ganz umfassendes Konzept sein. Ich bin dankbar dafür, dass wir diesen Aktionsplan in der Form, wie er jetzt vorliegt, erarbeitet haben. Auch wenn Sie anderer Meinung waren, haben wir diesen Aktionsplan mit den Betroffenen und den beteiligten Verbänden gemeinsam erarbeitet. Wir werden ihn jetzt schrittweise verwirklichen. Ein Punkt davon ist das Konzept, das Frau Ministerin Haderthauer mit ihrem Sonderinvestitionsprogramm angestoßen hat.

Ich bin mir ganz sicher, dass es in der nächsten Legislaturperiode in den Koalitionsparteien genügend Kräfte geben wird, die sich darum bemühen werden, dass dieses Konzept differenziert umgesetzt werden kann. Dieses Konzept betrifft nicht nur ein Ministerium. Nicht nur das Sozialministerium ist betroffen. Das Innenministerium ist genauso betroffen wie das Wirtschaftsministerium und alle möglichen anderen Ministerien. Deshalb kann ich nicht sagen: Setzt einfach einmal ein Programm auf. Dieses Programm muss wirklich differenziert zusammen mit allen Ministerien erarbeitet werden. Ich bin mir sicher, dass das in der nächsten Legislaturperiode der Fall sein wird.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Frau Kollegin, bitte bleiben Sie noch. Wir haben noch zwei Zwischenbemerkungen. Die erste Zwischenbemerkung kommt von Frau Kollegin Ackermann vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Renate Ackermann (GRÜNE): Frau Kollegin, können Sie folgenden Widerspruch aufklären: Einerseits stehen im Aktionsplan die Worte "im Rahmen der vorhandenen Haushaltsmittel". Der Aktionsplan steht damit unter dem Haushaltsvorbehalt. Andererseits zieht die Sozialministerin durch die Lande und verspricht ein Sonderinvestitionsprogramm, das mit keinem Wort im Aktionsplan erwähnt ist. Nicht einmal die Absicht, ein solches Programm aufzulegen, ist erwähnt. Können Sie sich diesen Widerspruch erklären?

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, bitte.

Brigitte Meyer (FDP): Das Sonderinvestitionsprogramm ist deswegen kein Punkt des Aktionsplans, weil es auf verschiedene Ministerien aufgeteilt werden muss. Dort werden sich die Investitionen wiederfinden. Deswegen ist das für mich kein Widerspruch, sondern nach der Haushaltssystematik ganz klar.

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin Steiger, bitte zu einer weiteren Zwischenbemerkung.

Christa Steiger (SPD): Frau Kollegin Meyer, Sie verwirren mich schon ein bisschen. Sie sagen, Sie würden unseren Anträgen durchaus zustimmen, wenn sie gut sind.

Brigitte Meyer (FDP): Das haben wir auch schon gemacht.

Christa Steiger (SPD): Diesen Antrag, der Frau Ministerin Haderthauer im Originalton wiedergibt, haben Sie abgelehnt. Wollen Sie damit sagen, dass die Forderung von Frau Ministerin Haderthauer nach einem Sonderinvestitionsprogramm nicht gut ist?

Sie haben auf Bahnhöfe und S-Bahnhöfe verwiesen. In diesem Sonderinvestitionsprogramm geht es explizit um die kommunale Ebene und um die Träger. Bahnhöfe sind ein extra Thema.Der Aktionsplan betrifft nicht nur das Sozialministerium,

(Christa Stewens (CSU): Das sagt Frau Meyer doch!)

sondern geht doch querbeet. Infolgedessen ist die Forderung nach einem Sonderinvestitionsprogramm auch über alle Ministerien gedacht. Das ist doch ganz klar. Irgendwo haben Sie sich mit der Strategie zur Ablehnung unseres Antrags in Widersprüche verwickelt, die Sie bis jetzt nicht auflösen konnten.

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, bitte.

Brigitte Meyer (FDP): Wenn man das so sehen möchte, dann kann ich Sie wahrscheinlich nicht davon überzeugen, dass das nicht so ist, auch wenn ich noch eine Stunde rede Ich habe vorhin deutlich gemacht, dass sich das Thema in allen Einzelplänen wiederfinden muss. S-Bahnen beispielsweise sind auch eine kommunale Aufgabe. Ich sehe den Widerspruch nicht, weil Frau Ministerin Haderthauer auch angekündigt hat, was passieren soll. Sie hat aber noch nicht im Detail gesagt, wie das sein soll. Das muss man doch erst noch erarbeiten. Ich sehe also die Widersprüche, die Sie sehen, nicht. Doch wie gesagt, wahrscheinlich kann ich Sie auch nicht davon überzeugen, dass es diese Widersprüche nicht gibt.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Christa Steiger (SPD): Nein!)

Präsidentin Barbara Stamm: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Es wurde namentliche Abstimmung beantragt. Die Urnen stehen bereit. Ich eröffne die Abstimmung: Fünf Minuten, bitte.

(Namentliche Abstimmung von 14.51 bis 14.56 Uhr)

Die Zeit ist um, Kolleginnen und Kollegen. Ich schließe die Stimmabgabe und bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen.

(Allgemeine Unruhe)

Es ist schön, vielleicht können wir uns später an der Fröhlichkeit beteiligen, liebe Kollegen. Der Wahlgang ist also geschlossen. Die Stimmkarten werden draußen ausgezählt. Wir fahren in der Tagesordnung fort.

(...)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Antrag "Gerecht. Solidarisch. Inklusion: Sonderinvestitionsprogramm ‚Bayern Barrierefrei 2025' auflegen!" – Antrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 16/16878 – bekanntgeben. Mit Ja haben 64, mit Nein 85 Abgeordnete gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)